

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 40.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 5. Oktober 1912.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Bezugs-Adresse: Zentralverband Düsseldorf

14. Jahrg.

Verhandlungen und Beschlüsse unserer IV. Generalversammlung.

Im roten Saale der Stadthalle von Elberfeld wurden am Montagmorgen (23. Sept.) von unserem Zentralvorsitzenden, Kollegen Schiffer, die Verhandlungen unserer IV. Generalversammlung eröffnet.

Die Konstituierung des Verbandstages.

Nachdem Kollege Schiffer mit einigen Worten die Delegierten und zahlreichen Gäste begrüßt und kurz auf die Bedeutung der Verhandlungen hingewiesen hatte, erfolgte die Konstituierung des Verbandstages. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden die Kollegen Schiffer und Sistenich gewählt. Ferner wurden in das Bureau gewählt als Schriftführer die Kollegen Johann Müller-M. Gladbach und Fritz Melcher-Greiz; als Beisitzer die Kollegen Carl Esser-Krefeld, Peter Zimmermann-Düren, Josef Preis-Konsdorf und die Kollegin Theresia Dreihues-Emsdetten.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Johanna Neuhoff-Gronau-Westf., Wilhelm Fassbender-Forst-Bausitz, Wilhelm Osburg-Hannover, Johann Rothöl-Mugsburg und Karl Wäpmer-Säckingen.

Nach Erledigung der Wahlen und einiger anderer geschäftlicher Angelegenheiten nahm Kollege Stegerwald das Wort zu seinem Referate über die

„Allgemeine gewerkschaftliche Lage und unsere nächsten Aufgaben.“

Zunächst überbrachte Kollege Stegerwald die besten Grüße vom Vorstande des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, als dessen Vertreter er erschienen sei und der den Verlauf unserer Tagung mit besonderem Interesse verfolgte.

Die gewerkschaftliche Lage, so führte Redner, zu seinem Thema übergehend, u. a. aus, werde zurzeit vor allem durch drei Momente charakterisiert:

1. die allmähliche offensichtliche Anerkennung der sozialistisch-revolutionären Theorien durch die „freien“ Gewerkschaften,
2. durch den latenten Kriegszustand zwischen christlichen und freien Gewerkschaften und
3. durch das systematische Züchten gelber Gewerksvereine seitens der Großindustrie.

Bei den Ausführungen zum ersten Punkt ging Generalsekretär Stegerwald auf die Entwicklung ein, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften hinsichtlich ihres Charakters genommen haben. Schon in der Gründungsära herrschten Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Gewerkschaften politisch neutral seien oder nicht. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren sie politische Diskutierklubs. Als das Gesetz 1890 fiel, begann der Streit von neuem, wobei eine Gruppe die Neutralität grundsätzlich gewahrt wissen wollte, während eine andere sie aus taktischen Gründen fordernte. Diese Zeiten sind vorbei. Heute wird als selbstverständlich angenommen, daß

Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Zwar sprach sich der Kölner Gewerkschaftskongress noch gegen den Gedanken des politischen Massenstreiks und auch gegen die Massfeier aus. Aber dieser Beschluß rief einen gewaltigen Krach im sozialdemokratischen Lager hervor. Und der Jenaer Parteitag nahm gegen die Gewerkschaft den Massenstreik in das Programm der Genossen auf. Der Parteitag in Mannheim suchte dann den Frieden einigermaßen herzustellen, indem er die Richtlinien für eine gemeinsame Arbeit aufstellte. Es herrschte dann etwas Ruhe. Aber in der Folge spielten sich einige Kämpfe ab, die beweisen, daß die

Revolutionierung der Massen fortgeschritten

war. In den Kämpfen in der badischen Anilin- und Sodafabrik und auf der Werft „Vulkan“ kümmerten sich die Massen nicht um ihre Führer, sondern handelten nach eigenem Gutdünken. Mit Recht wies Kollege Stegerwald darauf hin, welche große Gefahren durch eine derartige Disziplinlosigkeit der Arbeiterschaft Deutschlands erwachsen. Heute, wo die Arbeitgeber eine starke Organisation haben und in der Lage sind, viele Tausende auszusperren, muß ein gewerkschaftlicher

Kampf von höherer Warte aus geführt werden, können nicht tausend Mann einer einzigen Stadt zum Schaden der übrigen ihre Forderungen rücksichtslos durchsetzen wollen. Aber die Vorgänge beweisen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Macht über die Massen verloren haben und daß sie sich mit den in den großen Städten herrschenden radikal-sozialistischen Ideen befreunden müssen. Und deshalb konnte Kautsky feststellen, daß auch die Gewerkschaften den Massenstreik in ihr Programm aufgenommen haben. In Belgien wird man übrigens wahrscheinlich in absehbarer Zeit die Theorie des Massenstreiks in die Praxis umgesetzt sehen.

Das zweite Charakteristikum der jetzigen Zeit ist die Verschärfung des Gegensatzes zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Von gegnerischer Seite werde das auf die „Klerikalisierung“ der christlichen Gewerkschaften zurückgeführt. Dem sei nicht so. Es sei vielmehr Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Kämpfe der letzten Jahre gezwungen wurden, den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen im einzelnen tiefer nachzugehen, die Forderungen der Lohnarbeiterklassen in die Gesamtzusammenhänge hineinzuheben. Und dabei war es selbstverständlich, daß sie sich in vielen Fragen in der Gesamtbeurteilung der Dinge von der roten Phrase emanzipieren mußten. Leider habe bis vor einigen Jahren unsere Presse, was die wirtschaftliche Aufklärung anlangt, versagt und die christlichen Gewerkschaftler seien bis dahin auf Genossen angewiesen gewesen. Auch heute sei noch nicht alles so, wie es sein sollte. Deshalb sei es vor allem Aufgabe der Vorstände, volkswirtschaftlich bilden zu wirken. Der weitere Grund für den scharfen Gegensatz zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sei in der Linksentwicklung der letzteren zu sehen, dadurch sei von selbst die Kluft immer größer geworden. Redner illustriert dies an dem Beispiele der Finanzreform, von der er erklärt, daß er sie nicht würde verteidigen haben, wenn die Genossen nicht versprochen hätten, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung zu erbücken. Bei der Reichsversicherungsordnung verübelte man es uns stark, daß wir, soweit die Wahl der Beamten in Frage kommt, mitgewirkt haben, den Genossen die Flügel zu beschneiden. Aber der brutale Terrorismus der Genossen, die meist schlimmer sind als die gefährlichen Scharfmacher, trägt die Schuld daran, so daß unsere Kollegen vielfach lieber mit dem Arbeitgeber als mit den Genossen zu tun haben.

Und ein drittes Moment in der heutigen Gewerkschaftsbewegung ist der

Gelbkoller der Großindustriellen.

Ein Programm haben die Gelben überhaupt nicht, es sei denn, daß man die Absicht, durch devotes Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber Vorteile für sich zu erlangen, als Programm bezeichne. Aber diese „Selbstsucht“ wird wieder verschwinden, wenn sie uns auch einige Zeit noch zu schaffen machen wird. Denn sie haben die öffentliche Meinung gegen sich und werden nur solange bestehen, als sie von den Unternehmern bevorzugt werden. Diese werden aber wohl bald merken, daß eine solche Bevorzugung nicht in ihrem Geschäftsinteresse liegt. Und dann brechen die Gelben zusammen.

Was die christlichen Gewerkschaften insbesondere anlangt, so standen zwei Ereignisse der letzten Zeit im Mittelpunkt des Interesses: der Bergarbeiterstreik und der Streit im katholischen Lager. Nach diesen beiden Ereignissen trat naturgemäß ein gewisse Ermüdung ein. Aber die ist jetzt wieder überwunden. Kollege Stegerwald ging dann kurz auf den

Streit zwischen den „Berlinern“ und den christlichen Gewerkschaften

ein. Wie steht's damit? Es wurde und wird so unendlich viel darüber geredet, daß man am besten von all dem überhaupt nichts glaubt. „Meinetwegen soll man machen, was man Lust hat, wir machen, was wir Lust haben.“ Die Mehrzahl der deutschen Bischöfe steht auf unserer Seite. Die Lage des Berliner Verbandes ist jämmerlich. Erst jüngst hat er etwa 6000 Mitglieder verloren. Die Kassen tragen. Eine Verständigung, so sehr sie zu wünschen wäre, ist deshalb unmöglich, weil sich hier zwei grundverschiedene Auffassungen entgegenstehen. Die Berliner wollen eine konfessionelle, wir eine interkonfessionelle Organisationsform. Die Zusammen-

setzung unseres Volkes duldet keine konfessionelle Scheidung auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem ist die Macht der Kirche hier sehr gering. Sie hat zwar Lehrgewalt, aber ihr fehlt die Möglichkeit, ihre Anschauungen durchzusetzen, ihr fehlt nach dem Ausdruck eines deutschen Bischofes der Gerichtsvollzieher. Die konfessionelle Trennung darf nicht ins Extrem getrieben werden. Das verbietet unsere volkswirtschaftliche Stellung, das verbietet auch praktische Erwägungen der Gewerkschaftspolitik. Denn Deutschland hat neben Amerika die größten Kapitalkonzentrationen, es hat die stärksten Arbeitgeberverbände und endlich die geschlossenste Sozialdemokratie. Wollen wir also auf der einen Seite gegenüber den Unternehmern, auf der anderen gegenüber der Sozialdemokratie zur Geltung kommen, dann müssen konfessionelle Scheidungen im wirtschaftlichen Leben schwinden. Ein weiterer Unterschied zwischen Berlinern und christlichen Gewerkschaften besteht in sozialwirtschaftlicher Hinsicht. Der Grundsatz der ersteren, daß der Arbeitsvertrag kein Macht-, sondern ein Rechtsverhältnis sei, ist in der Theorie sehr schön. Aber alle Rechtsfragen sind Machtfragen. Deshalb ist es auch mit der vermittelnden Tätigkeit an Stelle des eventuellen Streiks nicht, weil eine Vermittlung nur dann möglich ist, wenn reale Machtfaktoren hinter den Parteien stehen. Und was die Schiedsgerichte mit Verhandlungszwang und rechtsverbindlicher Entscheidung anlangt, so ist es mit diesen auch nicht weit her. Das hat das Schicksal des Heimarbeitengesetzes gezeigt. Außerdem haben wir nicht die Aufgabe, später mögliche Staatsordnungen zu erwägen, sondern für die Gegenwart zu arbeiten. Deshalb können wir auf das Mittel des Streiks nicht verzichten. Sollten uns von Rom aus — bis jetzt haben die Berliner mit ihren diesbezüglichen Bestrebungen Fiasco gemacht — Schwierigkeiten gemacht werden, so kann man unsere Entwicklung vielleicht hemmen, vernichten kann man uns nicht. Und die Folge wäre nur eine gewaltige Verwüstung im katholischen Lager.

Zum Schluß sprach dann der Redner über die

Aufgaben der christlichen Gewerkschaften.

Vor allem sei es notwendig, den Charakter als Standesbewegung schärfer zu betonen, nicht im Sinne des sozialdemokratischen Klassenkampfes, sondern als einer energischen Vertretung im Rahmen des Ganzen. Wir haben auf andere Stände seither mehr Rücksicht genommen, als irgend eine andere Standesorganisation, aber kein Echo gefunden. Weiter ist es notwendig, daß wir mitwirken an der Lösung des Problems der deutschen Nahrungsmittelversorgung. Die Sozialdemokratie allerdings rühmt sich, hierin die Führerin des Volkes zu sein. Allerdings, wenn es auf Forderungen und Spektakel ankäme, dann hätten wir längst das Fleisch umsonst. Vor allem ist zu fordern, daß in dieser Frage die parteipolitischen Gesichtspunkte ausgeschaltet werden. Redner geht auf die Frage des näheren ein und fordert vor allem die Einführung von Gefrier- und Büchsenfleisch.

Aufmerksamkeit erfordert auch die Wohnungsfrage, die in der Hauptsache von Kommunen und Genossenschaften zu lösen sei, weshalb die christlichen Gewerkschaften sich hier betätigen müssen.

Die letzte Aufgabe ist die Schulung in der Handelspolitik, die eines gründlichen Studiums bedarf, damit der Arbeiter auch auf diesem Gebiete seine Interessen vertreten kann. Sodann streifte der Redner noch einige Fragen praktischer Natur: Beteiligung an der Sozialversicherung, Gründung von Orts- und Bezirksstellen, Zusammenarbeiten mit den konfessionellen Vereinen, Agitationstechnik usw.

Der 1½stündige Vortrag fand den lebhaftesten Beifall der Generalversammlung.

Im Anschluß daran gab der Zentralvorsitzende Schiffer eine mündliche Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, aus dem wir schon in der vorigen Nummer die wichtigsten Angaben mitgeteilt haben. Wir werden im Laufe der nächsten Wochen wiederholt Gelegenheit haben, auf einzelne Punkte des Geschäftsberichtes näher einzugehen.

hergestellt werden. Um dies zu erreichen, müssen unsere Ortsgruppenleitungen:

- a) mit den Leitungen der konfessionellen Jugendvereine in Verbindung treten und eine ständige Fühlung mit ihnen unterhalten;
- b) sich eine Vertretung in den Ausschüssen der konfessionellen Vereine zu verschaffen suchen, wenn sie nicht durch Angehörige einer anderen christlichen Berufsorganisation eine genügende Vertretung haben;
- c) geeignete jüngere und ältere Verbandsmitglieder in den konfessionellen Jugendvereinen tüchtig mitarbeiten lassen. Diese Mitarbeit tüchtiger Gewerkschaftskollegen in den Jugendvereinen wird am besten geeignet sein, Vertrauen und Einfluß bei der Leitung und den Mitgliedern des Jugendvereins zu erlangen;
- d) endlich sollen die Ortsgruppenleitungen durch gegenseitigen Besuch der Veranstaltungen, durch gemeinsame Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenzen, gemeinsame Ausflüge, Elternabende, Bildungsabende usw. das Band zwischen Jugendverein und Berufsorganisation fester zu knüpfen versuchen.

8. Die praktische Agitationsarbeit der Jugendvereine für unseren Verband geschieht am zweckmäßigsten:

- a) durch eigens für die gewerkschaftliche Propaganda angelegte Versammlungen, die zweckmäßig getrennt für die verschiedenen Altersklassen der Mitglieder in den Jugendvereinen veranstaltet werden;
 - b) durch Hergabe der Adressen der nichtorganisierten jugendlichen Textilarbeiter des Vereins;
 - c) durch eine gut vorbereitete, gründlich durchgeführte Hausagitation für Jugendverein und Gewerkschaft;
 - d) durch Veranstaltung von Elternabenden, in denen auch dem Gewerkschaftler das Wort gegeben wird und in denen Flugblätter und Aufnahmezettel verteilt werden;
 - e) der Hausagitation hätte außer dem Adressenaustausch und dem Elternabend eine systematische Flugblattverteilung voranzugehen;
- f) ferner kann die Werbearbeit betrieben werden durch große allgemeine Jugendversammlungen von Jugendverein und Gewerkschaft mit einem allgemeinen und einem gewerkschaftlichen Thema. Für diese Zwecke würde sich ein Lichtbildervortrag sehr eignen. Die Gewerkschaft hat in dieser Versammlung für Agitation, Flugblätter und Aufnahmezettel zu sorgen. Alle die hier angeführten Agitationsmöglichkeiten müssen sich nach Bedürfnis wiederholen, namentlich aber bald nach der Schulentlassung zu Ostern.

4. In einer ähnlichen Weise kann der Verband seine jugendlichen Mitglieder den konfessionellen Jugendvereinen zuführen: durch Hinweis in den Versammlungen, Hergabe der Adressen, gemeinsame Hausagitation, mündliche Agitation der Vertrauensmänner usw.

5. Das größte Gewicht ist sowohl im Jugendverein als auch im Verbands auf die Heranbildung eines Stammes junger Mitarbeiter und Agitatoren zu legen, um die jungen Leute selbst zum Träger der Jugendagitation zu machen.

6. Zwar wird der Zentralverband christlicher Textilarbeiter seine Jugendagitation in erster Linie und in der Hauptsache mit und in den konfessionellen Jugendvereinen betreiben, jedoch kann er auf ein selbständiges Vorgehen nicht ganz verzichten, weil in vielen Orten konfessionelle Jugendvereine überhaupt nicht bestehen, manche bezüglich der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ganz versagen und weil schließlich in vielen Orten die konfessionellen Jugendvereine nur einen geringen Bruchteil der organisationsfähigen jugendlichen Textilarbeiter umfassen. In solchen Fällen müssen unsere Ortsgruppen:

- a) einen großen Teil der unter Absatz 3 angeführten Veranstaltungen allein machen. Die Hausagitation kann dann noch spezialisiert und namentlich auch Betriebsweise vorgenommen werden;
- b) der Betriebsagitation ist überhaupt bei der Gewinnung der Jugend ein außerordentlich großes Gewicht beizulegen. Zunächst kommt hier in Betracht die mündliche Beeinflussung des jugendlichen durch den älteren Mitarbeiter. Dazu muß sich dieser durch entsprechendes Verhalten das Vertrauen des jungen Mitarbeiters zu erwerben suchen. Der ältere Arbeiter soll in dem jugendlichen den baldigen Ständesgenossen und zukünftigen gewerkschaftlichen Mitstreiter achten; er soll ihm Rat und Stütze sein in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses;
- c) in vielen Fällen empfehlen sich auch Betriebsbesprechungen für die jugendlichen Arbeiter;
- d) zu den größeren Versammlungen und Veranstaltungen des Verbandes sollten die organisierten als auch die nichtorganisierten jugendlichen Arbeiter stets besonders eingeladen werden;
- e) durch Ausflüge, Besichtigungen, Lichtbildervorträge, soziale Kurse, Fachkurse, Heranziehung der Jugendlichen zur Mitarbeit bei der Hausagitation, Flugblattverteilung, Vertrauensmänner usw. soll das Interesse der Jugendlichen wach gehalten und stets neu belebt werden. In manchen Orten wird sich auch die soziale Studentenvereinerung in den Dienst der Jugendagitation stellen lassen;
- f) ferner sei auf die in Preußen bestehenden staatlichen oder gemeindlichen Jugendauschüsse hingewiesen, in denen sich die Ortsgruppen nach Möglichkeit eine Vertretung sichern sollten.

7. An die Mitglieder unseres Verbandes, die organisationsfähige Söhne und Töchter in der Textilindustrie beschäftigen haben, richtet die Generalversammlung die dringende Anforderung, diese, soweit dies noch nicht geschehen ist, unserem Verbandsbezug zuzuführen, um so auf die übrigen Jugendlichen durch das gute Beispiel zu wirken.

Die Morgen Sitzung des letzten Tages wurde mit der Diskussion über den Vortrag des Kollegen Heutmann aufgenommen, dann hielt Kollege Fischer sein Referat über die Frage:

Wie kommen wir zu einem besseren Berufsarbeiterchutz in der Textilindustrie?

Nach einer eingehenden Diskussion, die eine Fülle von Material zutage brachte, fand folgende Resolution Annahme:

„Die IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands macht es den Verbandsbeamten wie auch den Ortsgruppenvorständen und allen Verbandsmitgliedern zur Pflicht, der Frage des Berufsarbeiterchutzes andauernd die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Als Mittel und Wege, diesen zu fördern, empfiehlt die Generalversammlung:

1. Eine stärkere Interessierung der Textilarbeiterschaft für die Frage des Berufsarbeiterchutzes. Dieses wird erzielt:
 - a) durch die Einführung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in das Wesen und die Bedeutung des Berufsarbeiterchutzes im obligatorischen Fortbildungsschulunterricht,
 - b) durch eine von den Krankenkassen und den konfessionellen Arbeitervereinen, vor allem aber von unserem Verbandsbezug zu leistenden Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. Sie hat zu erfolgen im Fachorgan, auf Kursen, Konferenzen und in Versammlungen.

2. Die Feststellung von Ueberretungen der Arbeiterchutzgesetze und die Sammlung von Material über die Notwendigkeit einer Erweiterung des Arbeiterchutzes in der Textilindustrie. Um diese unbedingt nötigen Unterlagen zu weiteren Vorgehen zu erhalten, empfiehlt sich:

- a) die Schaffung eines gut ausgebauten Fabrikvertrauensmännersystems und die Veranstaltung von Branchenbesprechungen und Branchenkongressen;
- b) die Veranstaltung bestimmter Sprechstunden in denen durch Vertrauenspersonen Beschwerden der Arbeiter über Mißstände gesundheitlicher und sittlicher Natur entgegengenommen, geprüft und eventl. den in Betracht kommenden Behörden übermittelt werden;
- c) die Uebermittlung des in den einzelnen Gruppen und Branchen gewonnenen Materials an die Zentralstelle;
- d) eine systematische Zusammenstellung der in den einzelnen Ländern für die Textilindustrie geltenden gesetzlichen Schutzvorschriften durch das internationale Sekretariat und Uebermittlung dieses Materials an die angeschlossenen Landesorganisationen;
- e) die statistische Erfassung der in der Textilindustrie auftretenden Krankheitsarten, der Krankheitshäufigkeit und der Todesursache bei Sterbefällen durch die Krankenkassen und Gewerkschaften und Ruhbarmachung dieses Materials für die Gewerbehygiene.

3. Die praktische Verwertung des gesammelten Materials. Diese hat hauptsächlich zu erfolgen:

- a) durch Vorschläge und Anregungen, die von den Arbeiterauschussmitgliedern und Krankenkassen-Vorstandsmitgliedern direkt den einzelnen Betriebsleitungen unterbreitet werden;
- b) durch Inanspruchnahme der Gewerbeinspektion. Neben dem Gewerkschaftsbeamten sind vor allem speziell hierfür ernannte Vertrauenspersonen für den Verkehr mit der Gewerbeinspektion geeignet;
- c) durch Petitionen und Anträge, die die Organisation selbst an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften richtet und deren Durchführung sie durch Orientierung und Beeinflussung der ihnen günstig gesinnten Abgeordneten zu fördern sucht.

Die Generalversammlung erwartet, daß sowohl die Verbandsbeamten, als auch die Ortsgruppenvorstände den oben gegebenen Richtlinien entsprechend handeln und die gemachten Erfahrungen, wie auch das gesammelte Material der Zentralstelle übermitteln werden.

Ferner nahm die Generalversammlung Stellung zur herrschenden

Fleischsteuerung

durch Annahme folgender Resolution:

„Die IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands erklärt: In den letzten Jahren waren in Deutschland mehrfach anormale Steuerungserscheinungen zu beobachten; sie sind in Produzentenkreisen meist als vorübergehend hingestellt worden, was sich infolgedessen nicht bewahrheitete, als insbesondere die Fleischsteuerungsperioden immer wiederkehrten und in der Gegenwart die Fleischpreise eine für breite Volksschichten unerschwingliche Höhe erreicht haben. Die Generalversammlung bedauert, daß die Reichs- und Staatsregierungen bisher noch nichts Positives darüber haben verlauten lassen, welche Wege sie zur Milderung des herrschenden Notstandes einzuschlagen gedenken. Als Mittel, die geeignet wären, die herrschende Steuerung zu mildern, fordert die Generalversammlung von der Reichs- bezw. den Staatsregierungen:

1. Eine Erleichterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande.
2. Eine Milderung der betr. Bestimmung des Fleischbeschaugesetzes, um die Einfuhr von Geflügel aus Argentinien und Australien zu erleichtern.
3. Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von amerikanischem Wachsenfleisch und amerikanischer Hartwurst.
4. Aufhebung des Zolles auf Wild, namentlich auf australischen Kaninchen.
5. Aufhebung oder mindestens wesentliche Ermäßigung der Zölle auf Mais, Futtergerste und anderen Kraftfuttermitteln.
6. Eine Verbilligung des Eisenbahntransportes für Vieh und Fleisch.
7. Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmittel, um die Viehzucht im Osten einerseits und andererseits die Zufuhr von Vieh und Fleisch aus dem Westen nach dem Westen des Vaterlandes zu erleichtern.
8. Einsetzung einer ständigen Kommission, die die Ursachen der Steuerung objektiv prüfen und ferner sich mit der ganzen Frage der Lebensmittelversorgung eingehend beschäftigen soll.

Die Generalversammlung namentlich den Gemeinden eine große soziale Pflicht erwächst. Im einzelnen könnten die Gemeinden folgende Mittel zur Milderung der Steuerung ergreifen:

1. Vieh- und Fleischverkauf im großen und Wiederverkauf im kleinen zu den Selbstkostenpreisen, unter möglicher Beiseitigung der Auswüchse des Zwischenhandels.
2. Abschluß langfristiger Lieferungsverträge auf eine bestimmte Stückzahl

Vieh mit landwirtschaftlichen Genossenschaften. 3. Errichtung eigener Schweinemästereien. 4. Verkauf von billigen Seefischen. Hand in Hand damit müßte gehen ein unentgeltlicher praktischer Fischkochkursus und theoretische Belehrung der Frauen der minderbemittelten Stände über Nährwert und Zubereitung der Fische. 5. Einrichtung städtischer Lebensmittelämter zur Beobachtung und Kontrolle des städtischen Lebensmittelmarktes.

Neben der Tätigkeit der staatlichen und gemeindlichen Behörden hält die Generalversammlung die Mittel der Selbsthilfe für unbedingt notwendig und wirksam in der Abwehr der Verteuerung des Fleisches und anderer Lebensmittel. In mehreren Klein- und Mittelstädten haben die Arbeiter mit großem Erfolge den Ankauf und die Schlachtung von Vieh und den Verkauf des Fleisches selbst in die Hand genommen.

Ferner weist die stark steigende Tendenz der Lebensmittelpreise auf die unbedingte Notwendigkeit gut geleiteter Konsumvereine hin.

Vor allem fordert die Generalversammlung alle Mitglieder auf, den Verband nach innen und außen auszubauen, um eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Textilarbeiter zu verhindern und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Möglichkeit zu erzielen.“

Auf die

Mäßigkeitsbewegung

sollen die Mitglieder durch folgende Resolution hingewiesen werden:

„Die in Elberfeld tagende IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands begrüßt den Kampf gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, wie er von verschiedenen Vereinen mit wachsendem Erfolge geführt wird. Der christliche Textilarbeiterverband, der diesen Bestrebungen stets sympathisch gegenüberstand, hat seinerseits durch Weckung des Pflichtgefühls und des Standesbewußtseins und durch Erziehung zur Selbständigkeit in wirksamer Weise zur Enthaltensamkeit bezw. Mäßigkeit im Genuß geistiger Getränke beigetragen. Die erfolgreich und segensreich wirkende Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung verdient die tatkräftige Unterstützung der Verbandsmitglieder, wozu die Generalversammlung allgemein auffordert.“

Nach Erledigung dieser Referate und Resolutionen wurden

die erforderlichen Wahlen

vorgenommen. Kollege Lensing-Hannover erklärte ein Mandat zum Zentralvorstande nicht mehr annehmen zu können. Lensing ist f. S. als Leiter des Hocholter Bezirks gewählt worden; nachträglich hat er die Leitung des Hannoverischen Bezirks übernommen. Die häufigen Fahrten von Hannover nach Düsseldorf zu den Zentralvorstandssitzungen, die in der Regel alle 14 Tage stattfinden, sind nicht bloß kostspielig, sondern auch für die Tätigkeit des Kollegen Lensing im Bezirk außerordentlich hinderlich. Er bittet darum, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Kollege Schiffer dankt dem Kollegen Lensing für seine Tätigkeit im Zentralvorstande und für das Opfer, das er jetzt im Interesse der Sache bringe.

Dann wird beschlossen, den Zentralvorstand von neun auf zehn Personen zu erweitern. Das Resultat der Wahl ist folgendes: Wiedergewählt wurden die auscheidenden Mitglieder Siftenich, Camps und Fischer; neugewählt wurden die Kollegen Müller-M.-Glabbach und Dite-Vocholt.

In den Verbandsauschuß wurden gewählt: Sparenberg-Fort, Wessendorf-Breven, Jude-Neumünster, Jörissen-M.-Glabbach, Göry-Brechell, Zimmermann-Düren und Waller-Barinen.

Als Kassenrevisoren wurden gewählt: Delaat-M.-Glabbach, Gehring-Föllbeck und Sauren-Magen.

Nach Erledigung der Wahlen erhielt Dr. Wohlmann-Flecker das Wort zu einem zweistündigen, hochinteressanten Vortrage über „Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands, speziell unter Berücksichtigung der Textilindustrie“. Der Vortrag soll als Broschüre herausgegeben werden.

Damit war die Generalversammlung am

Schluß der Verhandlungen

angelangt. Zunächst sprach der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes Oesterreichs, Krikawa-Wien, der dem deutschen Bruderverbande ein kräftiges Blühen und Gedeihen wünschte und den Delegierten ein freundliches Lebenswohl zurief. Generalsekretär Stegerwald-Köln warf einen kurzen Rückblick auf die Tagung, die er als in jeder Beziehung außerordentlich gut gelungen bezeichnete. Nach einem Schlußwort des Zentralvorsitzenden, Kollegen Schiffer, wurde die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands mit dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ und einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Am folgenden Tage unternahmen die Delegierten einen Ausflug nach Schloß Burg, der bei prächtigem Wetter in schönster Weise verlief. Mit einer Besichtigung der Zentralstelle in Düsseldorf hatte dann die ganze Veranstaltung ihr Ende erreicht.

Wenn in früheren Artikeln der Wunsch ausgesprochen worden war, die Elberfelder Generalversammlung möge ein Merkstein in der Geschichte unseres Verbandes werden, so wird dieser Wunsch wohl in Erfüllung gehen. Wenn wir jemals mit großer Befriedigung auf eine Generalversammlung zurückblicken konnten, dann dieses Mal. Die Elberfelder Generalversammlung hat in jeder Beziehung gehalten, was wir von ihr erwartet haben. Sie ist glanzvoll verlaufen. Sie hat durch ihre bedeutenden Beschlüsse, die mit großer Majorität, zum Teil einstimmig gefaßt wurden, den Verband wieder ein kräftiges Stück vorwärts gebracht.

Allen, die zum guten Gelingen der Tagung beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Wir kommen in der nächsten Nummer auf den Verbandstag zurück. Möge er heute schon eine Flut neuer Begeisterung in unsere Mitgliederkreise hineintreiben.

Zum 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dresden.

In den Tagen vom 6. bis 10. Oktober wird in Dresden der 8. ordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands tagen. Nach seinem Programm hat der Kongress Stellung zu nehmen zu Fragen, an deren Lösung die deutsche Arbeiterschaft in hohem Grade interessiert ist. „Das Arbeitsrecht“, „Arbeitsnachweise und Arbeitslosenfürsorge“, „Das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen“ sind Punkte, durch deren Behandlung die Dresdener Tagung mit Recht das größte Interesse in Arbeiterkreisen wie in anderen Schichten der Bevölkerung beanspruchen kann.

Von nicht geringem Wert ist der Verhandlungsgegenstand über die mehr geistigen Strömungen, die in unsere Bewegung hineinfluten. „Wir freuen uns, diesen mächtigen Faktor innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in unserm Sachsenlande begrüßen zu können.“ So und ähnlich schrieben evangelische Blätter Sachsens im Hinblick auf den Kongress. Vieler Augen werden auf die Tagung schauen. Fast man die Geschehnisse gelegentlich des sogenannten Gewerkschaftsstreites ins Auge, so werden die Auseinandersetzungen hierüber dem Dresdener Kongress eine ganz besondere Bedeutung verleihen. Aber auch die innergewerkschaftlichen Angelegenheiten, die ihn beschäftigen sollen, berühren Lebensfragen unserer Bewegung. Vor wichtige, ernste Aufgaben sind die Delegierten in Dresden gestellt.

Abgesehen vom 6. Gewerkschaftskongress, der im Jahre 1906 in Breslau stattfand, waren für alle Kongressvorgänger Städte im Süden und im Westen unseres Vaterlandes als Tagungsorte ausgewählt. Zum erstenmal ist als Kongressort eine Stadt Mitteldeutschlands durch die Wahl Dresdens berücksichtigt worden. Evangelische Sozialpolitiker bezeichnen die Wahl der Hauptstadt des zu 95% von Protestanten bewohnten Sachsenlandes als eine Tat angesichts der letzten Vorgänge im katholischen Lager, die naturgemäß herüberspielen mußten in die christliche Gewerkschaftsbewegung.

Von jeher hat es für die Werbekraft der christlichen Gewerkschaften unüberwindliche Hindernisse eigentlich nicht gegeben. In den letzten Jahren sind ihre Mitgliederzahlen in den Großstädten beträchtlich gestiegen und selbst im „roten Königreich“ haben sie heute tausende treuer Mitglieder. Wenn irgendwo, so ist gerade in Sachsen unsere Bewegung eine dringende Notwendigkeit. Einmal um einer geschickten, zielbewußten und entschiedenen Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter willen. Fast nirgendwo stehen die Arbeitslöhne der Hauptindustrien so ungünstig, wie im „roten Königreich“. Die Textilarbeiter, die Metallarbeiter, die Bergarbeiter werden in Sachsen trotz sozialdemokratischer Stimmgabel und starker sozialdemokratischer Gewerkschaften, mit Löhnen abgepeißt, die um 15-25% niedriger sind als die in Rheinland-Westfalen. Dabei ist zu bedenken, daß die Arbeitszeiten in Rheinland-Westfalen im allgemeinen, im Bergbau aber ganz bedeutend, länger sind als in Sachsen. Zum andern kommt für uns das Moment der Abwehr gegenüber der Sozialdemokratie in Betracht. Wo wie in Sachsen rund die Hälfte der gewerblichen Arbeiter den sozialistischen Verbänden angehören, treten die Kampfbekämpfungen der Sozialisten auf den Arbeitsplätzen mit besonderer Deutlichkeit hervor. Uns fällt da die Aufgabe zu, den nichtsozialdemokratischen Arbeitern Gelegenheit zu bieten zu gewerkschaftlicher Betätigung in unserem Sinne.

Unter diesem Gesichtswinkel wurde von uns die Arbeit in Sachsen aufgeworfen. Wir können wohl von unserm Verband behaupten, daß er durch seine Werbearbeit hier zugleich zu einem großen Teil den Boden gebnet hat für die Ausbreitung und Betätigung der Bruderverbände. Denn wo vor fünf bis sieben Jahren die ersten Ortsgruppen unserer Organisation entstanden, sind jetzt durchweg auch Zahlstellen für andere Berufsangehörige anzutreffen. Was im Großen der Entwicklung unserer Verbände von den Gegnern in den Weg gelegt wurde, geschah in den sächsischen Gebieten im Kleinen, aber mit ausgeprägter Klarheit. Das trifft insbesondere auf die Gegner roter Couleur zu. Fasten wir an neuen Plätzen Fuß, wurde uns ein kurzes Leben geprophetisiert. Kam es aber anders, so wechselten die bekannten Methoden: Tölpel, Totschweigen, Bescheidenheiten miteinander ab. Durch ihre Taten aber haben unsere Organisationen unter der sächsischen Arbeiterschaft immer mehr und mehr an Vertrauen gewonnen. Wo seit unserm Einsetzen nur immer Möglichkeiten sich zeigten zu gewerkschaftlicher Betätigung, da wurde keinen Augenblick gezögert. Auch in dieser Beziehung dürfte gerade unsere Textilarbeiterorganisation in Sachsen an erster Stelle zu nennen sein. Schon im Jahre 1905, gelegentlich des Kampfes im Bezirk des sächsisch-schlesischen Arbeiterverbandes, wies sie eine nicht zu unterschätzende Rolle. Seit jener Zeit wurde im genannten Gebiet manches noch erreicht, woran unsere Gewerkschaft einen nicht geringen Anteil hat. Im östlichen Sachsen (Rauß) ist von uns ohne Unterbrechung an der Führung der sehr unangenehmen Arbeiterverhältnisse gearbeitet worden. Selbst Bewegungen wurden geführt, an denen gegnerische Organisationen nicht mitbeteiligt waren.

Mit der fortgeschrittenen Entwicklung hielt auch die Betätigung unserer Bruderverbände gleichen Schritt. Die Bauhandwerker kommen bei Tarifabschlüssen als Kontrollanten in Betracht, ebenso die Holz- und die Steinarbeiter. Der Untereinband besteht u. a. in seinen über 100 Mitgliedern der Gruppe Leipzig einen festen Stützpunkt. Um eine ihrer wichtigsten Forderungen auf dem Gebiet der Arbeitsnachweise zu erreichen, brachten die sächsischen Zahlstellen unseres Gasthausangestelltenverbandes schon reichlich Opfer und haben verschiedenes erreicht. Die

Textilarbeiterinnen besitzen in ihren Lehr- und Betriebswerkstätten und Arbeitsnachweisen in Leipzig und in Dresden schätzenswerte Einrichtungen. Mitten in einer roten Domäne Sachsens gelang es noch dieses Frühjahr, dem christlichen Verband der Hilfsarbeiter bei einem Tarifabschluß seine Anerkennung durchzusetzen. Bis zum Jahre 1911 waren die sächsischen Mitglieder in allen Städten größtenteils auf sich selbst angewiesen; nicht ein einziger Beamter war im Königreich Sachsen stationiert. Agitation und Organisation lebten auf mit der Errichtung von vier Sekretariaten. Im verflochtenen Jahre konnten rund 1000 neue Mitglieder gewonnen und viele Maßnahmen in deren Interesse getroffen werden. Die für unsere Bewegung grundsätzlich bedeutsamen Ereignisse in der ersten Hälfte des laufenden Jahres, der Ruhrbergarbeiterstreik und der sogenannte Gewerkschaftsstreit lenkten wie überall, so auch in Sachsen, die Aufmerksamkeit weiter Schichten der Bevölkerung auf die christlichen Gewerkschaften. Nichts war geeigneter, sie wochenlang zum Gegenstand der Betrachtung zu machen. Kein anderer Vorgang vermochte ihre Selbständigkeit, ihre Macht und ihren Einfluß im Interesse der christlichen Arbeiterwelt so treffend darzustellen. Viele Zweifler an den christlichen Gewerkschaften stellten in dieser Zeit ihre Bedenken beiseite. Wo man vor Jahren in Sachsen noch die Köpfe zuckte, ist heute Hilfsbereitschaft anzutreffen. Der Kreis derer, die aus lautersten Motiven unsere Bewegung als eine dringende Notwendigkeit erkannt haben und danach handeln, ist bedeutend erweitert. Das im Hand-in-Hand-arbeiten mit den christlichen Gewerkschaften mit dem Geheimnis des Erfolgs für die konfessionellen Vereinigungen liegt, bestimmt diese, auf der ganzen Linie entsprechend vorzugehen. In unserm eigenen Lager ist die gesteigerte Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit nicht zu verkennen. Dies alles läßt den Glauben an eine bestrebende Weiterentwicklung unserer Organisationen in Sachsen zu. Der Dresdener Kongress kann und wird noch mehr Klärung bringen. Er wird vor allen Dingen den Beweis liefern, daß anstatt der von den Gegnern uns angebotenen Reaktion in Wirklichkeit moderner fortschrittlicher Geist unsere Bewegung beherrscht. Der 8. Kongress ist zugleich der erste im zweiten Jahrzehnt unserer Bewegung. Daß er ins industriereiche Sachsenland gelegt wurde, ist kein bloßer Zufall. Er soll und muß Kräfte auslösen, um unserer guten Sache daselbst neue Anhänger in Massen zuzuführen. Von unsern Mitgliedern in Sachsen sind wir überzeugt, daß sie von diesem Standpunkt aus die Kongress-tagung einzuschätzen wissen. Den Kongressteilnehmern aber entbieten wir ein

herzliches Glückauf in Dresden!

Allgemeine Rundschau.

Unsere Gewerkschaftskartelle im Vergleich zu denen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das „Correspondenzblatt der Generalcommission“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat auch im vorigen Jahre eine Statistik über die christlichen Gewerkschaftskartelle durch die Funktionäre der „freien“ Gewerkschaften aufnehmen lassen. Was dabei herausgekommen ist, wird von dem genannten Blatte selbst als „unvollständig“ bezeichnet. Demnach hätten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 nur ganze 171 Kartelle mit 644 angeschlossenen Zahlstellen anzuzurechnen gehabt. In Wirklichkeit können dieselben aber für Ende 1911 245 Gewerkschaftskartelle mit 2121 angeschlossenen Ortsgruppen nachweisen. Der nachfolgende Vergleich wird den „Genossen“ auch beweisen, daß die christlichen Gewerkschaftskartelle doch so „machtlos“ nicht sind, wie das „Correspondenzblatt“ seinen Lesern weis macht.

	Sozialdemokratische Gewerkschaftskartelle	Christliche Gewerkschaftskartelle
Zahl der Kartelle	707	245
Erreichte Fragebogen	691	222
Angeschlossene Zahlstellen	9 261	2 121
Mitglieder, d. angeschl. Zahlst.	2 160 728	228 729
Nicht angeschlossene Zahlstellen	310	75
Durchschnittsbeitrag	73,5 Pfg.	49,7 Pfg.
Einnahme an Beiträgen	946 089 M.	67 772,89 M.
Gesamteinnahmen	1 797 248	126 362,75
Gesamtansgaben	1 600 435	79 615,08
Sparen für Agitation	105 928	15 484,20
Soziale Zahlen	28 242	5 311,67
Bibliothek und Lesezimmer	93 160	3 708,41

Wenn man die vorstehenden Zahlen miteinander vergleicht, so möge man in Betracht ziehen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften seit 44 Jahren bestehen und die christlichen Gewerkschaften erst seit dem Jahre 1899. Ferner denke man daran, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen in den Großstädten zu mindestens 60% sitzen haben. Allein 35 große Kartelle von den 707 überhaupt angegebenen, umfassen 1314174 Mitglieder, also weit über die Hälfte aller ihrer Mitglieder.

Auch in diesem Jahre haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften rund 90% ihrer Mitglieder kartelliert, während die Zahl der in den christlichen Gewerkschaften in Kartellen zusammengeschlossenen Mitglieder gegenüber dem Vorjahr 63,3% beträgt. Bei den Einnahmen und Ausgaben unserer Kartelle schneiden wir auch in diesem Jahre nicht gerade glänzend ab; während das Mitglieder Verhältnis in den Kartellen ca. wie 1 zu 10 steht, bleiben Einnahmen wie Ausgaben weit hinter diesem Verhältnis zurück.

Selbst wenn wir also vom Gegner und wirken wir auf eine stärkere Kartellierung der verschiedenen Berufe und auf eine höhere und einheitlichere Beitragsleistung hin.

Für die Vorstände der Gewerkschaftskartelle. Der Bericht des Generalsekretariats über die christlichen Gewerkschaftskartelle enthält am Schlusse einige beachtenswerte kritische Bemerkungen, die wir im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unseres Kartellwesens hier wiedergeben.

Wenn wir nun, am Schlusse angelangt, das Ganze überblickend, das Fazit ziehen, dann haben wir keinerlei Ursache, betrefis unserer Kartelle pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Gewiß wollen wir uns nicht verhehlen, daß der Wunsch des vorigjährigen Kartellberichtes nach größerer Gleichmäßigkeit hinsichtlich der Beiträge und gewerkschaftlichen Leistungen der Kartelle durchaus noch nicht erfüllt ist. Auch im Berichtsjahr waren noch immer einige Kartelle der Meinung, der Gesamtverband müsse ihnen die Mittel zur Anstellung von Kartellsekretären bereit stellen; das wäre die einfachste Art, nur schade, daß es nicht geht. Ein Kartellvorsitzender hatte „keine Lust mehr“, weil ihm angeblich nicht genügend Referenten zu Vorträgen gestellt wurden. In einer Anzahl von Kartellen sind ganz erhebliche Kassenbestände anzutreffen; für Agitation aber haben sie herzlich wenig aufgewendet. Ist das nicht Sparsamkeit am falschen Ende? Nicht das ist das bestverwaltete Kartell, welches am Jahresschluß viel Geld aufweisen kann, sondern vielmehr eine nach innen und außen erstarkte Bewegung.

Bei vielen Kartellen ist die Einhebung der Beiträge nicht in vollem Maße erfolgt, weil man noch einen Bestand vom Vorjahre in der Kasse hatte; das zeugt nicht gerade von großem Verwaltungsgenue der betreffenden Kartellkassierer. Ein schwach finanziertes Kartell hatte Geld übrig für die „Mutterschaftsversicherung“ und für „Sagelgeschädigte“, für Bildungszwecke am Orte selbst hatte es aber nichts aufgewendet. Man sollte doch meinen, zunächst die näherliegenden Aufgaben und dann, wenn noch Mittel übrig, auch die fernliegenden. Zielbewußtheit und Planmäßigkeit schien bei manchen Kartellen nicht die stärkste Seite zu sein. Um ein Beispiel zu nennen: Ein Kartell hatte berichtsgemäß 24 Vorstandssitzungen, 20 Delegierten- und 2 öffentliche Versammlungen veranstaltet, und was war bei dem kolossalen Aufwand herausgekommen — eine einzige Hausausgabung, über deren Wirkung sich das Kartell dazu noch ausschweigt.

Zur Propagierung, Ausbreitung und Vertiefung unserer Bewegung können die Kartelle auch dadurch beitragen, daß sie Abonnenten sammeln für das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, und zwar auch bei den Nichtarbeitern. Zu empfehlen ist auch, daß die Kartelle das Zentralblatt nach Jahrgängen einbinden lassen für ihre Bibliothek. Ebenso ist den Zahlstellen das Einbinden ihres Verbandsorganes anzuraten. Zu bemängeln ist noch die verhältnismäßig große Fluktuation in den Kartellvorständen. Gar manche Fehler und manche Inaktivität der Kartelle werden durch den häufigen Wechsel des Vorstandes direkt herbeigeführt. Gewiß ist es nicht immer leicht, als Kartellvorstand mit oft widerstrebenden Gewerkschaftsfunktionären und Zahlstellenvorständen sowie Kartelldelegierten zusammen zu arbeiten. Empfindlichkeit darf nicht die Eigenschaft eines Kartellvorsitzenden sein, er muß stets, das gemeinsame hohe Ziel im Auge, über Kränkungen und kleinliche Anfeindungen hinwegsehen und immer seine vermittelnde, einigende Tätigkeit hervorheben. Das kostet Selbstüberwindung; letztere aber ist eine der besten gewerkschaftlichen Tugenden. Ohne sie und ohne den rechten Idealismus läge die christliche Gewerkschaftsbewegung sehr bald am Boden.

Die Kartellstatistik jedoch zeigt neben den Schwächen der Bewegung auch, daß sie nichtsdestoweniger doch vorwärts schreitet vermöge des ihren Mitgliedern innewohnenden Idealismus und ihrer Opferwilligkeit. Wollen wir aber auf dem Gebiete der Gewerkschaftskartelle nicht gegenüber unseren mächtigen Gegnern ins Hintertreffen geraten, so möge man die aufgedeckten Fehler beseitigen und dem Ausbau und der finanziellen Stärkung der Kartelle nichts in den Weg legen.

Koalitionsrecht. Man schreibt uns: „Zu den wichtigsten Aufgaben der Zeit gehört eine Ausgestaltung des Vereinigungsrechtes. Unser Reichsvereins- und Versammlungsrecht hat diese Aufgabe nicht gelöst. Um gegenwärtigen Recht ist bedenklich, daß § 153 der Gewerbeordnung Handlungen, die an sich nicht bestraft werden, im Blick auf den Zweck bestraft. Man will darum einen Ausbau des Strafgesezes anstreben, will die Bestimmung über „Nötigung“, „ausbauen“ etwa in der Weise: „Wer Arbeitsplätze, Bahnhöfe, Fabriktore bewacht, um Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, wird bestraft.“ Hier läßt es auf Verbot des friedlichen Streikpostenstehens hinaus. Nur Schutz gegen Zwang und Gewalttätigkeit ist berechtigt.

Die „Arbeitswilligen“ zerfallen in sehr verschiedene Gruppen: es gibt solche, die aus unethischen Gründen forzarbeiten und den Streik prinzipiell für berechtigt halten; es gibt alte Arbeiter, die im Blick auf Frau und Kind nicht ihre Brotstelle aufgeben wollen, oder solche, die dem Befehl ihrer Organisation folgen, es gibt endlich solche, die kommen, ohne zu wissen, daß Arbeitskammeraden im Streik stehen. Endlich gibt es solche, die als berufsmäßige Streikbrecher gern dorthin gehen, wo gestreikt wird. Man sieht, es sind ganz verschiedene Kategorien.

Allen diesen aber muß der Gesetzgeber den Zutritt zur Arbeitsstelle offen halten. Der Gesetzgeber muß sorgen, daß der Arbeiter ohne Prügel und Drohung in die Fabrik gehen kann; der Gesetzgeber kann die verschiedenen Motive nicht unterscheiden und nicht sondern. Zu diesem Zweck aber reicht das bestehende Strafgesetz aus: es bestraft Beleidigung und Körperverletzung und Bedrohung mit Verbrechen oder Vergehen.

Überall gibt es einen gewissen Druck der Gemein-

Man hüte sich, dem Schlagwort „Schutz der Arbeits-

Arbeiter und Staatsform. Die Sozialdemokratie

„Die zum Denken erwachte Arbeiterklasse ist schon aus

So schrieb der „Zimmerer“ (Nr. 27, 1912).

Um ist's aber eine leicht nachweisbare Tatsache, daß

„Streiks und Ausperrungen, die sich auf das Gebiet

Ganz gewiß nicht; aber ebensowenig verlangen, wie

Beschämend für die Gewerkschaftsbewegung.

Dem Schöffengericht in Nürnberg wurden neuerdings

In Schweinfurt haben einige unserer Kollegen, weil in

wie sich dieses Verhalten seiner Mitglieder mit dem Gedanken

Wir stimmen dem sozialdemokratischen Organ voll-

Ein neuer Beweis für die „wirkliche Neutralität“

Im allgemeinen kann man sich mit dem Programm

Wir möchten zu diesem Programm nur bemerken:

Aber wir meinen auch, daß dieses neueste Programm

Der VII. Delegiertentag des Verbandes katho-

lischer Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands fand

Der Verbandsrat bleibt unverändert bei der Beurteilung

hat, wonach er in den gelben Gewerkschaften keine wirtschaft-

Der Verbandsrat hat sich in diesem Jahre einmal

Dieser Ueberblick dürfte von selbst den Beweis er-

Aus unserer Industrie.

Erhöhung der französischen Zölle auf Seidengewebe?

Frankreichs Seidenindustrie nimmt auf dem

Table with 7 columns: Year, France, Germany, Switzerland, and two unlabeled columns. Rows for 1894/5, 1897/8, 1900/1, 1903/4, 1906/7, 1907/8, 1908/9.

Man sieht: der Anteil Frankreichs ist zwar absolut

Ausfuhrwerte der drei wichtigsten Exportländer

— Frankreich, Deutschland, Schweiz — entwickelten sich

Table with 4 columns: Year, France, Germany, Switzerland. Rows for 1885, 1890, 1895, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909.

Kollegen die Notwendigkeit der Organisation erfasst haben. Möchte sich doch auch der unorganisierte Teil der hiesigen Arbeiterschaft mehr und mehr ermannen und sich unseren Reihen anschließen. Die Lösung aller muß sein: Hinein in die christlichen Gewerkschaften.

Forst (Laußh). Eines guten Besuches erfreute sich unsere am 17. Sept. abgehaltene Versammlung. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl der Delegierten zu der am 18. Okt. in Spremberg stattfindenden Bezirkskonferenz. Die Wahl fiel auf die Kollegen Balzer, Surbit, Hornig, Mill und die Kollegin Laubsch. Hierauf erhielt Kollege Emil Hoche das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Naturheilmethode und ihre Mittel.“ Redner entwickelte in seinem Vortrage besonders die Notwendigkeit der Naturheilmethode und gab Mittel und Wege an, wie wir uns die Segnungen der naturgemäßen Lebensweise zugänglich machen könnten. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte derselbe die Anwesenden auf, sich mehr wie bisher der Naturheilbewegung anzuschließen, zu ihrem eignen Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit. Im Anschluß an diesen, für uns alle sehr lehrreichen, Vortrag fand eine lebhafte Diskussion statt, welche bewies, daß dieser Vortrag von den Anwesenden mit Interesse verfolgt worden war. Hierauf sprach unser Bezirksleiter, Kollege Sparenberg, über unsere Winteragitation und forderte alle auf, mitzuwirken an der Ausbreitung unseres Verbandes; denn nur die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird in der Lage sein, die dauernde Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Diese Ausführungen wurden von Kollegen Fassbender ergänzt. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige Sachen erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende, Kollege Balzer, die schön und anregend verlaufene Versammlung mit der Auforderung an alle Mitglieder, auch in Zukunft zahlreich und pünktlich zu den Versammlungen zu erscheinen, damit dieselben ebenso zeitig geschlossen werden könnten wie die heutige.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

sk. Rückgabe von Restgarnen und Garnabfällen in der Hausindustrie an den Auftraggeber. Auf eine amtliche Anfrage, ob Hauspuler verpflichtet sind, alle übrig gebliebenen Garne, selbst auch den Abfall, an den Auftraggeber zurückzugeben, oder ob dieselben beschlagnahmt sind, Restgarne und Abfall für sich zu behalten und an Hausweber zu verkaufen, und ob Hausweber übrig gebliebene Garne für sich behalten und anderweitig verwenden oder verkaufen dürfen, hat die Schweidnitzer Handelskammer folgendes Gutachten erlassen: „Ein allgemeiner Gebrauch, nach dem Hauspuler übrig gebliebene Garne für sich zu behalten und an Hausweber zu verkaufen und Hausweber übrig gebliebene Garne für sich zu behalten und anderweitig zu verwenden oder zu verkaufen berechtigt wären, ist nicht anzuerkennen. Dagegen gehört der Abfall, d. h. der beim Spulen oder Weben entstandene Abgang von Fäden, Knoten, Fäden, Vorken u., dem Hausweber bzw. Hauspuler und wird von demselben niemals zurückgeliefert, wobei allerdings zu bemerken ist, daß wirklicher Abfall dieser Art nicht mehr für Webereizwecke, sondern nur „als Abfall“ verwertbar ist. Garn dagegen in ganzen Strähnen oder Gehinden, welche absichtlich nicht abgepulvt worden sind oder welche weil sie nicht abgepulvt werden konnten, ist vom Spuler als ungepulvtes Garn zurückzuliefern, ebenso wie auch der Hausweber alles von ihm nicht in die Ware verwebte, aber noch als Garn verwendbare Garn zurückzuliefern hat. Allerdings herrscht unter den Hauswebern und Hauspulvern ihrerseits auch hinsichtlich des Zurückhaltens einer geringfügigen Menge übrig gebliebenen Garnes vielfach eine lagere Rechtsauffassung, welche sich durch Herkommen und Nachsicht der Arbeitgeber von alters her ausgebildet hat und deren Entstehung vielleicht auch mit darauf zurückzuführen sein dürfte, daß für die Hausweber und Hauspuler, insbesondere seit die mechanische Weberei als Konkurrenz der Hausweberei aufgetreten ist, größtenteils nur eine kärglich bemessene Entlohnung möglich ist. Durch die langjährige, seit vielen Generationen fortgeerbte, von den gegenwärtigen Hauswebern und Hauspulvern vielfach schon im Elternhause kennen gelernt und oft auch unter stillschweigender Duldung seitens der Arbeitgeber ausgeübte Gewohnheit des Zurückhaltens geringfügiger Garnmengen — sogenannter „Pietergarne“ — ist den Leuten das Bewußtsein, eine unerlaubte Handlung hierdurch zu begehen, fäherlich zum großen Teile geschwunden, und es erscheint somit dieses sogenannte „Pietern“, wenn auch nicht rechtlich zulässig, so doch, wenn es nur in verhältnismäßig geringfügiger Umfang ausgeübt wird, als entgeltbar und besonders milder Beurteilung würdig.“

Ein Kinderamt in den Vereinigten Staaten eingerichtet. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Errichtung eines Kinderamtes in Aussicht genommen sei. Dieses Kinderamt ist jetzt eingerichtet worden und hat bereits mit seiner Tätigkeit begonnen. Als Leiter des Amtes hat Präsident Taft Fräulein Julia Lathrop aus Chicago eingesetzt, die sich schon bisher viel mit Fragen der Kinderarbeit, der Kindererziehung usw. beschäftigt hat. Sie wurden eine ganze Anzahl von Beamten und Beamtinnen ernannt. Nach den getroffenen Bestimmungen soll sich das Kinderamt, das dem Ministerium für Handel und Arbeit als besonderes Departement angegliedert ist, befassen mit der Untersuchung und Berichterstattung über Angelegenheiten, die die Wohlfahrt der Kinder betreffen, mit der Sänglingsherbergschaft, mit den Schwankungen der Geburtenziffer, mit den Degenerationserscheinungen in manchen Volksteilen, mit den zu Raiben gewordenen Kindern, mit der gerichtlichen Behandlung der Jugendlichen vor den Jugendgerichten, mit der Kinderarbeit und ganz

besonders mit der Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern bei gefährlichen Arbeiten, mit der Gesetzgebung, soweit sie auf die Kinderwelt einwirken kann. Es wird von Interesse sein, zu beobachten, wie sich der Wirkungsbereich dieses ersten staatlichen Kinderamtes gestalten wird.

Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation. Die außerordentliche Veruerung der meisten Lebensmittel, die nun schon seit verschiedenen Jahren beobachtet wird und auch in der nächsten Zeit kaum geringer werden dürfte, sollte wieder einmal die Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, der schon seit langer Zeit erörtert wird, der aber immer noch nicht recht vorwärts kommen will, auf die innere Kolonisation, auf die Tatsache, daß wir in Deutschland noch weite Landstrecken haben, auf denen heute nichts oder so gut wie gar nichts wächst, wogegen diese Landstrecken nach dem heutigen Stand der Technik und der Wissenschaft zu fruchtbaren Gebieten umgewandelt werden können. Auf den Debländereien Deutschlands, den Heide- und Moorstrecken, ließen sich noch viele zehntausende Landwirte ansiedeln. Dadurch würde nicht nur die Produktion landwirtschaftlicher Produkte nicht unwesentlich vermehrt werden, durch diese Ansiedler müßte auch eine Kräftigung des inneren Marktes eintreten.

Im gesamten Reich haben wir gegen 32 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzte Flächen (Ackerland, Wiesen, Nutzgärten und Weinberge), das Debland aber, das innerhalb des deutschen Reiches noch urbar gemacht werden kann, wird auf rund 3,5 Millionen Hektar eingeschätzt. Von diesen Heide- und Moorstrecken wären nach dem Urteil von Sachverständigen ungefähr 1,5 Millionen Hektar zur landwirtschaftlichen Bebauung geeignet, wogegen ungefähr 2 Millionen Hektar für die Anlage von Wäldern zu erschließen wären. Entnommen, es seien nur rund 1,5 Millionen Hektar der Debländereien für die landwirtschaftliche Bebauung geeignet, so würde die Kultivierung dieser Gebiete immerhin eine Erweiterung der landwirtschaftlich benutzten Fläche um ungefähr 5 Prozent ausmachen. Würden diese Flächen nach der Kultivierung zur Einrichtung von kleineren und mittleren Bauernstellen eingerichtet, so würde die Vermehrung des Kulturlandes noch bedeutend mehr ins Gewicht fallen, da auf den Bauerngütern im Durchschnitt pro Hektar wesentlich mehr geerntet wird als auf den großen Gütern mit ihrer extensiven Wirtschaftsweise. Bei einer vollständigen Kultivierung der Debländereien in Deutschland könnte wohl mindestens eine Million Landbevölkerung ein Unterkommen finden.

Von besonderer Wichtigkeit könnte die Ansiedlung von Bauern auf diesen heute brachliegenden Landstrecken für die Viehzucht werden. Es ist ja allgemein bekannt, daß sich der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb viel mehr zur Viehzucht eignet als der Großbetrieb, namentlich die Aufzucht des Viehs geschieht auf den Bauernhöfen viel rationeller als auf den Rittergütern. Eine Vermehrung des Bauernlandes müßte also die Fleischproduktion, gegenwärtig die wichtigste Frage des deutschen Wirtschaftslebens, ganz bedeutend vermehren. Auch bei einer weiteren Erhöhung der Zahl der deutschen Bevölkerung könnte so viel Vieh herangezogen werden, daß die Fleischnot ihre Schrecken verliert. Prozentual viel höher wäre die Zunahme des Wades bei der Aufforstung von zwei Millionen Debländereien.

Diese Ziffern sind schon für das ganze Reich von hoher Wichtigkeit. Für die einzelnen Gegenden, wo die Debländereien liegen, müßte natürlich die Kultivierung so weiter Flächen von noch größerer Bedeutung werden. Gegenden, in denen jetzt das wirtschaftliche Leben stagniert, würden mit einem Male wirtschaftlich aufblühen. Im Kreis Geseesmünde ist z. B. mehr als der dritte Teil der Fläche Debland, das anbaufähig zu machen ist, und ebenso finden wir auch noch in anderen preussischen Kreisen, ferner in Bayern und in Oldenburg, weite Strecken Debländereien, die entweder der Landwirtschaft oder der Forstwirtschaft erschlossen werden können. Hier in großzügiger Weise vorzugehen, diese Debländereien aufzuschließen, ist eine Aufgabe, die immer mehr eine Notwendigkeit wird. Die Reform wird zwar große Summen kosten, sie wird sich aber auch sicher bezahlt machen.

Von noch größerer Wichtigkeit ist die Frage, ob der Staat nicht auch in Gebieten, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, eine Bauernkolonisation im großen Sinne betreiben soll. So wie heute die Verhältnisse in den Bezirken, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, liegen, ist an einer Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken. So wird die Frage des Großgrundbesitzes im Osten Deutschlands zu einer Angelegenheit, die die allergrößte Aufmerksamkeit verdient. Wie ernst diese Frage ist, kann man ersehen, wenn man sich die Frage vorlegt, was geschehen soll, wenn einmal, was durchaus nicht so unwahrscheinlich ist, der Zugang von fremden Arbeitern nachläßt. Dann würde ein großer Teil der deutschen Erde verwaunet müssen. Auch im Osten Kolonisation zu treiben, einen Teil des Großgrundbesitzes in kleine Bauernstellen umzuwandeln, ist deshalb gleichfalls eine Aufgabe, die von Tag zu Tag dringender wird. Das alte Rom ist am Großgrundbesitz zugrunde gegangen — auch in Deutschland können die Besitzverhältnisse in den Gegenden des Großgrundbesitzes, wenn keine Aenderung eintritt, noch großen Schaden bringen.

Versammlungskalender.

- Brandenburg. 13. Okt., 11 1/2 Uhr, bei B. vor dem Berge.
- Costumb. 14. Okt., im Gesellschaftshaus bei Döring.
- Derjchlag. 6. Okt., 10 1/2 Uhr, im Lokale „Westfälischer Hof“ (Carl Jäger).
- Forst. 15. Okt., große Versammlung.
- M.-Gladbach-Besch. 6. Okt., 1/2 11 Uhr, bei von Delmann, Bejchstraße.
- Sachsenhausen. 6. Okt., 6 Uhr, gemeinsame Versammlung der Textilarbeiter, Tabakarbeiter und Eisenbahner bei Witwe Pet. Bierich.
- Werra. 6. Okt., 5 Uhr, Kartellfest beim Wirt Stojßen (am Markt), Hochheide.
- Wühlheim (Mörm). 2. Okt., 6 1/2 Uhr, bei Böder, Ballstr. 10.
- Wittenberg. 5. Okt., vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Odenkirchen. 6. Okt., 10 Uhr, Abrechnung und Versammlung im deutschen Hof.
- Wasserberg. 15. Okt., 7 Uhr, bei Wm. Hubert Schmidt Generalversammlung.
- Werden (Stuhr). 4. Okt., 8 Uhr, im Lokale „Zur Krone“ am Markt.

VII. Bezirk Hannover.

Am Sonntag, den 20. Oktober, findet in Hannover-Linden im Vereinshaus, Konordiastr. 14, unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, die erforderlichen Delegiertenwahlen (§ 40 des Statuts) vornehmen zu wollen. Alles nähere wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß

Adolf Lenjing, Bezirksleiter.

X. Bezirk Bamberg-Fulda.

Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten zu der am Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr in den Luisenbädern zu Bamberg beginnenden diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenz in ihren nächsten Versammlungen vorzunehmen. Näheres über die Konferenz wird allen Ortsgruppen noch durch Rundschreiben mitgeteilt werden.

Mit kollegialem Gruß

Gerhard Müller, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Elisabeth Böhmer in Höfen.
 - Johann Heines in Lobberich.
 - Hubert Wesseler in Schiefbahn.
 - Maria Schabb in Bremen.
 - Theodora Rüttgers in M.-Gladbach.
 - Johann Armost in Warendorf.
 - Heinrich Steeger in Krefeld.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Bildungstätigkeit der christlichen Gewerkschaften hat in den letzten Jahren nicht nur allgemein an Bedeutung erheblich zugenommen, sondern ist mehr und mehr in ein System gebracht worden, das den Bedürfnissen des Arbeiterstandes nach Möglichkeit Rechnung trägt. Der Arbeiterangehöriger, welcher insbesondere die organisierten Arbeiter auszeichnet, ist eine stete Versuchung, wahllos alles das an Literatur in sich aufzunehmen, was sich gerade dem Suchenden darbietet und so der Selbstbildung anheimzufallen, die mitunter schlimmer wirkt als Ungebildetheit. Unter diesen Umständen muß jeder Versuch, dem Arbeiterleser gute und zugleich billige Literatur zu vermitteln, als ein Verdienst um die Arbeiterfrage bezeichnet werden. Nur stützt die Ausführung auf manche Schwierigkeiten. Denn gute volkswirtschaftliche, staatsbürgerliche und sonstige einschlägige Literatur ist meist teuer oder sie setzt viele Vorkenntnisse voraus. Die neuere billige populär-wissenschaftliche Literatur unserer großen Verlagshäuser aber behandelt meist nur Einzelfragen eines bestimmten Gebietes, so daß hier eine zweckentsprechende Zusammenstellung not tut.

Allen diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen und dennoch dem Arbeiterleser eine planmäßig zusammengestellte Auswahl an Literatur zu ermöglichen, bemüht sich das Iobes im christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln (Schließfach 157) erschienene Schriftchen: Führer durch die soziale, staatsbürgerliche, sozialpolitische und wirtschaftliche Literatur. Unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse und Bedürfnisse. Nr. 0,50.

Dieses Schriftchen will ein erster Versuch sein, von dem aber trotzdem erwartet werden kann, daß er schon in seiner ersten Form gute Wirkungen auslöst. Eine kurze Einleitung führt den Leser u. a. in die Kunst des Lesens ein und gibt ihm einen Plan in die Hand für die zweckmäßige Einteilung seiner Lektüre, ein Plan, der auch bei der Anlage kleiner Bibliotheken mit Nutzen zugrunde gelegt werden kann. Der Hauptteil der Schrift bringt sodann eine systematisch gegliederte Uebersicht über die wichtigere, gute und billige Literatur, wie sie im Titel bezeichnet worden ist. Damit sich der Leser über den Charakter und Tendenz der Schrift schon vor der Anschaffung klar sei, sind überall dort, wo es notwendig erschien, entsprechende kleine Anmerkungen angebracht worden.

Möge die kleine Schrift in den Kreisen, an die sie sich in erster Linie richtet, weite Verbreitung finden! Es kann aber auch jeder Nichtarbeiter, der sich um das Eindringen in soziale Dinge bemüht — und deren gibt es ja glücklicherweise sehr viele! — zu dem Schriftchen greifen, um sich das Material für eine erste Einführung zusammenzustellen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Verhandlungen und Beschlüsse unserer IV. Generalversammlung. — Zum 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dresden. — Allgemeine Rundschau: Unsere Gewerkschaftskartelle im Vergleich zu denen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. — Für die Vorstände der Gewerkschaftskartelle. — Koalitionsrecht. — Arbeiter und Staatsform. — Beschämend für die Gewerkschaftsbewegung. — Ein neuer Beweis für die „wirkliche Neutralität“ der kirchlich-darwinischen Gewerksvereine. — Der VII. Delegiertentag des Verbandes kath. Arbeiterinnereine Süddeutschlands. — Aus unserer Industrie: Erhöhung der französischen Zölle auf Seidengewebe? — Weitere Preissteigerung am Wollemarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreigabe. — Reupfen (Allgäu-Bayern). — Aus unseren Bezirken: Eine christlich-nationale Arbeiterumgebung im Bezirke Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern-St. Georg. — Seeburg. — Forst (Laußh). — Volkswirtschaftliches und Soziales: Rückgabe von Restgarnen und Garnabfällen in der Hausindustrie an den Auftraggeber. — Ein Kinderamt in den Vereinigten Staaten eingerichtet. — Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.